



Fragestunde Augustsession 2026

Kreiliger betreffend Streichung der Beiträge für einen klimafitten Schutzwald

Ende Juli 2026, während der beispiellosen Hitze- und Trockenheitsperiode, hat der Bund die Beiträge für den Waldumbau zu klimaresilienten Mischwäldern gestrichen. Federführend ist das BAFU unter Bundesrat Albert Rösti SVP.

Der Wald leidet besonders unter den Folgen des Klimawandels: Vielerorts müssen sogenannte klimafitte Baumarten (Laubbaumarten, zusätzlich Weisstanne und Lärche) gefördert oder sogar gepflanzt werden, weil die bei uns vorherrschenden Fichte und Buche trockenheits- und sturmempfindlich ist. Erschwerend ist, dass sich diese klimafitten Baumarten in weiten Teilen Graubündens infolge Wildschäden kaum vermehren. Der Kanton muss deshalb bereits jetzt für Wildschadenverhütungsmassnahmen jährlich rund 2 Millionen Franken aufwenden.

Rund 60 Prozent der Wälder in Graubünden sind Schutzwälder. Sie sind überlebenswichtig, denn sie schützen Bevölkerung, Siedlungen, Verkehrswege und Infrastruktur vor Naturgefahren.

Der Kanton Graubünden hat bereits in der Vernehmlassung die Streichung der erwähnten Beiträge abgelehnt und auf die Widersprüchlichkeit des Entscheids hingewiesen. Diese Vorbehalte wurden vom Bund ignoriert. Dies ist insofern unverständlich, als dass die Bündner Wälder für verschiedene Autobahnen von internationaler Bedeutung und für die Nationalstrassen ein hohes Mass an Verfügbarkeit und Sicherheit gewährleisten.

"Der Wald steht vor einem tiefgreifenden Wandel" warnen Schweizer Wissenschaftler:innen (in SRF vom 11. August 2026) angesichts der anhaltenden Trockenheit und Hitze. Auch in Graubünden sind die Folgen sichtbar und die Waldbrandgefahr ist auf der höchsten Warnstufe. Gleichzeitig steigt die Gefahr von Extremwetterereignissen, vor denen der Schutzwald in einem hohen Mass schützt (z. B. RhB-Albulastrecke, gesperrt infolge Murgangs am 13. August 2026).

Deshalb frage ich die Regierung:

1. Welche Waldregionen Graubündens wurden bisher durch die erwähnten Bundesbeiträge hauptsächlich gefördert?
2. Um welche Beträge handelt es sich?
3. Ist die Regierung bereit, an den Bund zu gelangen, möglichst in Zusammenwirken mit den anderen Gebirgskantonen, um eine Änderung des Entscheides zu bewirken?

Grossrat Martin Kreiliger, Disentis/Mustér

19. August 2026